

Lorentz; Martin Löw-Beer; Nele Löw-Beer; Dieter S. Lutz: Anita Lyschik; Peter Lyschik; Beatrice Magdon; Tamara Mandel; Hejo Manderscheid; Albert Mangelsdorff; Emil Mangelsdorff; Boris May; Ulrike Mehl; Medy Mehler; Sharon Mehler; Christoph Menke; Klaus Rüdiger Metze; Verena Metze-Mangold; Doris Michel-Himstedt; Cluette Milz; Margarete Mitscherlich; Gundula Mohr; Gitta Mohrendieck; Jakob Moneta; Ingeborg Mue; Annette Mühlberg; Michael Müller; Wolfgang Müller; Till Müller-Heidelberg; Wolf von Mutius; Geri Nasarski; Seppl Niemeyer; Franzwalter Nieten; Gabriele Niketta; Bahman Nirumand; Uli Nissen; Peter von Oertzen; Walter Ofer; Dagmar Opoczyuski; Bülent Oruc; Sezer Oruc; Yvonne Ott; Günter Pabst; Sieghard Pawlik; Erika Penzen; Christa Petersen-; Karlheinz Pfaff; Fritz Pfeiffer; Ursula Pfeuffer; Norbert Pflüger; Fritz Pleitgen; Uwe Pollmann; Freddy Praver; Anke Raach; Roderich Reifenrath; Eberhard Richter; Ernst Richter: Horst-Eberhard Richter; Anke Rohder; Evelyn Roll; Natascha Rones; Lea Rosh; Werner Rosmaity; Jürgen Roth; Irit Rotmensch; Waldemar Ruez; Shella Sadigorsky; Hanna Salomon; Fiete Saß; Hans Joachim Schädlich; Josef Schäfer; Gudrun Schaich-Walch; Esther Schapira; Jürgen Schenk; Christiane Scheppa; Henning Schert; Dieter Schiefelbein; Karin Schlopp; Thomas Schmid; Maria Schmidt; Klaus-Peter Schmidt-Deguelle; Diana Schnabel; Johann Schneider; Michael Schneider; Werner Schneyder; Uli Schüler; Wilfried Schöller; Dagmar Schreiber; John Schröder; Heidi Schüller; Monika Schumann; Julie Schürges; Gesine Schwan; Angelika Schwarz; Schwulenverband Deutschland; Tanja Seelbach; Inge Seelig; Jürgen Seifert; Thomas Seiterich; Carola Seiz; Valentin Senger; Lutz Sikorski; Trude Simonsohn; Sandra Singer; Ingrid Skrobicki; SPD Frankfurt/Main; Friederike Sprenger; Gerhard Steidl; Andy Steiman; Irene Steitz; Dodo von Sternburg; Inga von Sternburg; Judith von Sternburg; Maximilian von Sternburg; Wilhelm von Sternburg; Kall Stork; Rita Streb-Hesse; E. Stricker; Tom Stromberg; Harald Tawlowski; Kamil Taylan; Irmgard Tennagels; Jadranka Thiel; Hans Thron; Helga Thron; Ursel Trautwein; Thomas Trescher; Kristiane Tromsdorf; Adelheid Tröscher; Helga Tröskén; Margarethe von Trotta; Heide Ubert; Hanne Vack; Klaus Vack: Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN); Christoph Vitali; Immo Vogel; Wilfried Volkmann; Antje Vollmer; Dorothee Vorbeck; Bernd Wagner; Monika Wagner; Ulrich Walberer; Stephan Wald; Susanne Walter; Claudia Walther; Annette Weber; Monica Weber-Nau; Reinhard Wegener; Holger Weinert; Ulrike Westhoff; Ronny Wiener; Gabriele Witt; Florian Wittischläger; Uwe Wittstock; Hermann Wohlberg; Manja Wolf; Shlomy Wolf; KD Wolff; Beatrix Wulf; Turgut Yüksel; Christel Zandberg; David Zandberg; Ute Zok.

Zustimmungserklärungen an Frankfurter Aufruf, c/o Ulli Nissen, Sandweg 99, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel./Fax (0 69) 43 76 63.

Anzeigen-Spendenkonto: Ökobank Frankfurt, Kto. 6006850 (BLZ 600 901 00).

Grundrechte verteidigen - Flüchtlinge schützen - Rassismus bekämpfen!

Aufruf zur Demonstration am 14. November 1992 in Bonn

(Wortlaut)

Wir sind entsetzt, mit uns viele Menschen im Ausland. Kein halbes Jahrhundert nach der Befreiung vom Nationalsozialismus müssen wieder Menschen fürchten, von Deutschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Nationalität oder ihres Andersseins bedroht, verfolgt oder gar ermordet zu werden. Antisemitismus lebt wieder auf.

Vorurteile und Unwahrheiten über Flüchtlinge und das Asylrecht haben den Boden für rassistische Gewalt bereitet. Das Versagen der Bundesregierung bei der Vereinigung Deutschlands und eine verfehlte Sozial-, Wirtschafts- und Wohnungspolitik produzieren Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit. Flüchtlinge und Ausländer sind die Sündenböcke. Immer mehr Deutsche fühlen sich berufen, den Politikerworten vom „vollen Boot“ Taten folgen zu lassen. Über Bord geworfen wird dabei jede Humanität.

Die Rechnung der Gewalttäter darf nicht aufgehen!

Wer das Asylrecht ändern will, stärkt den Gewalttätern den Rücken bei ihren brutalen und menschenverachtenden Übergriffen!

Nach jahrelangen Kampagnen der CDU/CSU will jetzt auch die SPD-Führung eine tiefgreifende Kursänderung durchsetzen. Mit dem Menschenrecht auf Asyl bliebe ein Kern sozialdemokratischer Identität auf der Strecke. Die Lehren, die mit dem Artikel 16 des Grundgesetzes aus der Geschichte des Dritten Reiches gezogen wurden, würden in den Wind geschlagen.

Die Grundrechtsdemontage beim Asylrecht steht nicht allein. Die Legalisierung des Lauschangriffs und die Abschaffung der Rechtsweggarantie für Asylbewerber gehören zu einer Reihe drohender Verfassungsänderungen, an deren Ende eine andere Republik steht.

So wollen Bundesregierung und SPD-Vorstand das Grundgesetz ändern, um die Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen in aller Welt zu ermöglichen. Deutsche Soldaten haben noch vor weniger als 50 Jahren unvorstellbares Leid verursacht. Wir wollen keine Kampfeinsätze deutscher Soldaten in Osteuropa und der sogenannten „Dritten Welt“.

Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge und Einwanderinnen und geostrategische Kriegsführungsfähigkeit sind zwei Seiten einer Medaille. Gleichzeitig treibt die Bundesregierung die Entsolidarisierung und den Abbau von sozialen Rechten voran.

Das sind Bestandteile einer neuen Politik, die Gewaltausübung nach innen und außen in Kauf nimmt.

Niemand darf sich täuschen: Nach diesen Grundgesetzänderungen wird die Bundesrepublik Deutschland ein anderes Land sein!

Die demokratische Öffentlichkeit steht vor der Entscheidung: Lassen wir einen weiteren Abbau von Friedensfähigkeit und Grundrechten und damit einen tiefgreifenden Rechtsruck der Gesellschaft zu? Ein Kurswechsel der SPD, ihr freiwilliger Verzicht auf Opposition in substantiellen Fragen, würde den zivilisatorischen Prozeß umkehren, der nach 1968 mit dem Anspruch „Mehr Demokratie wagen“ begann.

Wir sagen NEIN! Gewalt darf nicht als Mittel der Konfliktbewältigung akzeptiert werden. Wir wollen endlich volle Bürgerinnenrechte für alle hier lebenden Menschen durchsetzen. Wir rufen auf:

Verteidigt Artikel 16 des Grundgesetzes! Für eine humane, demokratische Gesellschaft!

Gemeinsam mit allen demokratisch gesinnten Bürgerinnen, Gewerkschafterinnen, engagierten Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen, Ausländerinnen, Friedensinitiativen, Antifaschistinnen, Flüchtlingsräten, Bürgerrechtsorganisationen, Eine-Welt-Gruppen und alle, die eine offene, freie Gesellschaft und keinen autoritären Staat wollen - Wir bekennen Farbe!

Kommt zur Großdemonstration nach Bonn! Samstag, den 14. November 1992 um 12.00 Uhr

Trägerkreis 14. 11. (Stand 15. 10. 1992): Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (AS/F); Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF); Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL; Deutsche Friedensgesellschaft- Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG- VK); Forum Bunt Deutschland—SOS Rassismus: Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei (GDF); Gustav-Heinemann-Initiative; Humanistische Union (HU); Initiative für Frieden (IFIAS); Initiative Kirche von unten (IKvu); Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW); JungdemokratInnen-Junge Linke; Jungsozialisten in der SPD (Jusos); Komitee für Grundrechte und Demokratie; Künstler in Aktion; Landesflüchtlingsrat NRW; Medico International; Neues Forum-Bundesverband; Ohne Rüstung leben; Pax Christi; SJD - Die Falken; terre des hommes; Verband der Vereine aus Kurdistan (KOMKAR); Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (VVN-BdA); Schwulenverband in Deutschland (SVD).

Kontakt: Büro Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 69 29 04, Fax (02 28) 69 29 06. Spendenkonten: Förderverein Frieden e.V., Sparkasse Bonn, Kto. 33035 (BLZ 380 500 00), Postgiro Köln, Kto. 457876-500 (BLZ 370 100 50).